

INHALT

1. Regierungsfractionen uneins über Grundlagenstaatsvertrag mit Hamburg
2. CDU-Fraktion macht weiter Druck bei A 20
3. CDU-Fraktion fordert Rücknahme des Vorschaltgesetzentwurfes zum Schulgesetz
4. CDU-Fraktion fordert Vorsorge im Haushalt
5. Dänen-Ampel sagt nicht, wo Stellen eingespart werden sollen

28.09.2012

Regierungsfractionen uneins über Grundlagenstaatsvertrag mit Hamburg CDU-Fraktion bringt Antrag ein



Fraktionsvorsitzender Johannes Callsen, MdL

In der heutigen Landtagssitzung wurde über den von der CDU-Fraktion eingebrachten Antrag für einen neuen Grundlagenstaatsvertrag mit Hamburg debattiert.

Mit Blick auf die aktuellen Konfliktpunkte zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein erklärte Callsen: „Wir brauchen ein Mehr an Zusammenarbeit! Wir brauchen ein Mehr an Gemeinsamkeiten! Wir brauchen ein Mehr an Verlässlichkeit! Mit einem neuen Grundlagenstaatsvertrag ist dieses unnötige Gegeneinander nicht mehr möglich!“

Nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion soll in dem Vertrag unter anderem geregelt werden, dass Hamburg und Schleswig-Holstein ihre Interessen gegenüber dem Bund, anderen Ländern und auch privaten Investoren künftig, wo immer möglich, koordiniert vertreten. Dies gelte insbesondere für die Infrastrukturplanung – so beispielsweise in den Bereichen des Straßen-

und Stromleitungsbaus, der Luftfahrt und der Wasserwege, aber auch für die Wirtschaftsförderung.

Gerade in der Wirtschaftsförderung sollten Hamburg und Schleswig-Holstein ihre Stärken bündeln – beispielsweise in der Logistik und der maritimen Wirtschaft, der Gesundheits- und Ernährungswirtschaft und anderen Zukunftsfeldern – statt gegeneinander zu arbeiten. Über Verwaltungskooperationen sollten verstärkt gemeinsame Einrichtungen geschaffen werden.

Die Debatte brachte die – bereits im Koalitionsvertrag deutlich gewordenen – unterschiedlichen Vorstellungen der Regierungspartner zur Zusammenarbeit mit Hamburg zu Tage. So bekundeten die Grünen ihre Bereitschaft, über einen Grundlagenstaatsvertrag zu diskutieren. Für den SSW warnte Lars Harmsdagegen davor, sich Hamburg „anzubiedern“. Besser wäre es eine Kooperationsstrategie zu konkreten Themen zu erarbeiten. Ministerpräsident Torsten Albig plädierte dafür, die Zusammenarbeit verbindlicher als bisher zu regeln. Genau dies sieht der CDU-Vorschlag vor.

Link zum CDU-Antrag:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0100/drucksache-18-0178.pdf>

CDU-Fraktion macht weiter Druck bei A 20

Antrag soll Anmeldung für Bundesverkehrswegeplan 2015 klären



Hans-Jörn Arp, MdL

Bei der norddeutschen Verkehrsministerkonferenz in dieser Woche versuchte Wirtschaftsminister Reinhard Meyer, Ruhe in die Diskussion über die A 20 zu bringen. Gemeinsam mit den anderen Ressortchefs erklärte der SPD-Minister, der Weiterbau der Küstenautobahn A 20 samt einem Elbtunnel zwischen Glückstadt und Drochtersen sei „ein wichtiges gemeinsames Projekt für ganz Norddeutschland“.

Die Grüne Landtagsfraktionsvorsitzende Eka von Kalben erklärte daraufhin gegenüber den Kieler Nachrichten, es sei noch offen, ob Schleswig-Holstein den Weiterbau westlich der A 7 und den Elbtunnel für den nächsten Verkehrswegeplan anmelde.

Ein Sprecher des Verkehrsministeriums erklärte daraufhin, der Tunnel und die A 20 würden „natürlich gemeldet, um die Option zu behalten, das Projekt nach 2017 fortzuführen.“

CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp bezeichnete den fortwährenden Streit der Koalition über das wichtigste Verkehrsvorhaben des Landes als „abenteuerlich“. Er hatte bereits in einer Pressemitteilung vom 30. Juli 2012 gewarnt, dass die Grünen über eine Verhinderung der Anmeldung der A 20 für den Verkehrswegeplan dieses wichtige Projekt boykottieren würden.

In der Landtagssitzung vom August hatte die Dänen-Ampel einen Antrag der CDU-Fraktion abgelehnt, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden sollte, A 20 und Elbquerung anzumelden. Die drei Regierungsfaktionen hatten sich dazu auf die unklare Formulierung des Koalitionsvertrages berufen.

„In der nächsten Landtagssitzung werden wir die Landesregierung berichten lassen, welche Projekte sie in den Bundesverkehrswegeplan 2015 aufnehmen lassen will. Dieses ständige Gezerre um die A 20 und den Elbtunnel schadet unserem Land“, so Arp.

CDU-Fraktion fordert Rücknahme des Vorschaltgesetzentwurfes zum Schulgesetz Dänen-Ampel macht Gegenteil dessen, was der Ministerpräsident versprochen hat!



Heike Franzen, MdB

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen hat in der heutigen Landtagsdebatte über den Schulgesetzentwurf von SPD, Grünen und FDP dessen Rücknahme gefordert.

Im Juni habe Ministerpräsident Torsten Albig in seiner Regierungserklärung gesagt, die Landesregierung gehe mit „klaren Vorschlägen“ in die Bildungskonferenz, auf deren Grundlage dann ein Schulgesetz erarbeitet werden solle. „Die Bildungsministerin hatte zu einer solchen Konferenz eingeladen. Vorschläge der Koalition standen dort nicht zur Debatte“, so Franzen. Die im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW angekündigte Eröffnungsbilanz liege auch noch nicht vor.

Dafür habe die Ministerin angekündigt, die geplante Schulgesetzänderung auf das Schuljahr 2014/15 verlegen zu wollen, um genügend Zeit für den Bildungsdialog zu haben. „Das hatte für mich eine gewisse Logik“, so Franzen.

Drei Tage später sei von den Regierungsfaktionen dann eine Änderung des Schulgesetzes vorgelegt worden, mit dem die Schulen in ihrer Entscheidungsfreiheit beschnitten werden.

Auch dies widerspreche der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten. In seiner Regierungserklärung habe er den Schulen zugesagt: „Der Grundsatz soll sein, dass alles, was

besser vor Ort geregelt wird, auch vor Ort geregelt werden soll.“

Franzen abschließend: „Lassen Sie uns doch mal darüber diskutieren, ob pädagogische Entscheidungen, wie die Struktur und die Organisation von Unterricht, nicht besser vor Ort in unseren Schulen von den direkten Beteiligten und nicht hier in Kiel entschieden werden sollten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, SSW, tun Sie sich selbst einen Gefallen und ziehen Sie Ihren Antrag zurück!“

Link zum Gesetzentwurf:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0200/drucksache-18-0200.pdf>

CDU-Fraktion fordert Vorsorge im Haushalt Situation der HSH-Nordbank wird zunehmend schwieriger



Finanzfachmann Tobias Koch, MdL

Auf Antrag der FDP-Fraktion diskutierte der Landtag heute über die Situation der HSH-Nordbank. Diese hatte sich in den vergangenen Monaten erneut zugespitzt. CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch warnte die Landesregierung in dieser Situation vor einer „Vogel-Strauß-Strategie.“

„Im Dezember 2010 bei der Verabschiedung des letzten Haushalts war die Garantie mit Null Euro in Anspruch genommen. Die Ziehungswahrscheinlichkeit war Ende 2010 geringer als heute, die Kernkapitalquote höher und die Charterraten im Schiffsgeschäft waren im Aufschwung“, stellte Koch fest.

Heute werde die Garantie der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein mit fast zwei Milliarden Euro bilanziell in Anspruch genommen. Die Wahrscheinlichkeit für das Eintreten des Garantiefalls sei mit 41,4 Prozent auf den höchsten Wert seit Übernahme der Garantie gestiegen. Die Kernkapitalquote der HSH Nordbank sei zum 30. Juni 2012 unter die Marke von 10 Prozent gefallen. Die Krise der Schifffahrtsbranche habe sich in den vergangenen Monaten weiter verschärft, den Tiefpunkt erwarte die Bank erst in den kommenden 12 bis 18 Monaten. Seit gestern prüfe aus all diesen Gründen die Ratingagentur Moodys eine Herabstufung der HSH Nordbank.

In Kenntnis all dieser Fakten spreche die Landesregierung von „rein spekulativen Risiken“. Die Finanzministerin sehe „derzeit keinen Handlungsbedarf“. Die Ministerin habe es noch nicht einmal für nötig erachtet, an den Sitzungen des Beteiligungsausschusses im August und

September teilzunehmen.

Aufgrund der veränderten Situation 2012 und der erkennbaren Risiken sei die Landesregierung jetzt aufgefordert zu handeln. Das gelte erst Recht, da die Landesregierung die gesetzlich zulässige Defizitgrenze mit dem Haushaltsentwurf bis zur Oberkante ausreize. „Ein solcher Haushaltsentwurf ohne jeglichen Sicherheitspuffer besitzt nicht die geringste Risikotragfähigkeit, sondern wird durch das kleinste unvorhergesehene Ereignis bereits Makulatur“, stellte Koch fest.

Dänen-Ampel sagt nicht, wo Stellen eingespart werden sollen Zwei Wochen vor dem Kabinettsbeschluss ist nicht klar, wie Mehrausgaben gegenfinanziert werden sollen

Anfang Oktober steht die Kabinettsentscheidung der Landesregierung über den Haushalt 2013 an. Mit den Haushaltseckwerten ist bislang konkret nur bekannt, wo mehr Geld ausgegeben soll. Einsparungen sind bislang nur vage absehbar. Dies gilt insbesondere für Fragen der Personaleinsparungen.

Die CDU-Fraktion hatte deshalb für diese Landtagssitzung einen Bericht angefordert, wo die Landesregierung konkret Stellen einsparen will. „Die Landesregierung schafft neue Stellen und nimmt beschlossene Kürzungen konkret zurück. Für die zum Ausgleich vorgesehenen zusätzlichen Stelleneinsparungen bei Polizei, Justiz und Steuerverwaltung fehlt hingegen bislang jegliches Konzept“, erklärte CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch in seiner Rede.

Mit ihren Ankündigungen habe die Landesregierung bereits jetzt für erhebliche Verunsicherung bei Polizei, Justiz und Steuerverwaltung gesorgt. „Bevor sie zusätzliche Lehrerstellen schaffen und damit den Landeshaushalt für die nächsten Jahrzehnte strukturell belasten, wäre es seriös gewesen, zunächst einmal die eigenen Hausaufgaben zu machen und darzustellen, ob und auf welchem Wege zusätzliche Stelleneinsparungen an anderer Stelle zu erreichen sind“, so Koch.

Die Reaktion der regierungstragenden Fraktionen und der Finanzministerin war bezeichnend. Der Grüne Redner Rasmus Andresen sprach von „etwas schlechtem Populismus“ der CDU-Fraktion, diesen Antrag zu stellen. Auch die Redner von SPD und SSW sowie Finanzministerin Monika Heinold hielten es für zu früh, etwas zu Einsparungen zu sagen. Die sonst übliche Pressemitteilung zum jeweiligen Redebeitrag gab lediglich Andresen heraus.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de